

Haushaltsrede der WBB-Fraktion vom 14.02.2005

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Scholz, werte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, liebe politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger Weingartens,

es ist eine weithin anerkannte Regel, dass für die Qualität eines Produktes die **Güte seiner Ausgangsstoffe** von entscheidender Bedeutung ist. Wer je glaubte, aus fehlerhaftem Holz ein hochwertiges Möbel fertigen oder aus minderwertigem Traubengut einen überzeugenden Wein kelteren zu können, wird bestätigen, dass solche Versuche zum Scheitern verurteilt sind. Das Gesetz, dass eine Kette nur so stark wie ihr schwächstes Glied ist, lässt sich nicht außer Kraft setzen, auch dann nicht, wenn nur das allererste davon Fehler aufweist. Es gilt überdies nicht nur bei dem, was wir mit unseren Händen schaffen, sondern findet ebenso Anwendung im geistigen Bereich. Sind die Grundlagen und Analysen fehlerhaft, so wird auch eine darauf basierende Entscheidung zumindest fragwürdig sein.

Die Mehrzahl unserer täglichen Fehleinschätzungen ist schnell vergessen und verschmerzt. Dass wir unsere Urlaubsreise schlecht geplant hatten und dafür zwei Stunden im Stau stehen mussten ärgert uns am nächsten Tag kaum mehr. Im Gegensatz dazu kennt die Weltgeschichte historische Fehler, die sich tief in das kollektive Gedächtnis der Menschheit eingepägt haben. Zwischen diesen Extremen liegen die handfesten und mittelschweren Fehlurteile in Wirtschaft und Politik namens Mautdesaster oder Karstadtdebakel. Sie füllen Tag für Tag die Nachrichten, und unsere Gemeinde war zu Jahresbeginn mit der beabsichtigten Beschlussfassung zum Hallenbadumbau kurz davor, dieser endlosen Serie ein weiteres Exempel hinzuzufügen. Dabei wollten wir doch auf Nummer sicher gehen, und hatten eigens zur Fehlervermeidung einen **Projektsteuerer** zwischengeschaltet!

Auch die Idee hatte anfangs nicht schlecht geklungen: Wir veräußern das großzügige Freibadgelände als Bauland und finanzieren mit den Einnahmen den Bau eines Außenbeckens und einer Liegewiese beim Hallenbad. Dieses gestalten wir durch Einbau eines Nichtschwimmerbeckens auch für Familien mit Kindern attraktiver und sanieren mit dem restlichen Geld die Walzbachhalle. Zwei Variable in dieser Kalkulation haben sich jedoch seit der dafür erfolgten Beschlussfassung deutlich zu unseren Ungunsten verschoben. Die Instandsetzung der Halle kostet **eine Million € mehr** als von der Kommunalentwicklung LEG Baden-Württemberg GmbH, dem Partner der Kommunen, in einer 70.000 DM teuren Infrastrukturstudie kalkuliert. Und, was noch viel schlimmer ist: Die schwierigen Untergrundverhältnisse im Außenbereich des Hallenbads wurden bei der bisherigen Kostenschätzung schlichtweg ignoriert. Mit einer Entscheidung für das beabsichtigte und auch im Haushaltsplan bereits so enthaltene Konzept hätten wir zum Skalpell gegriffen, ohne die Röntgenbilder studiert zu haben. Die als Entscheidungsgrundlage teuer eingekauften Beratungsleistungen, Projektstudien und Infrastrukturplanungen sind von der Realität überholt und damit wertlos.

Da auf der Einnahmenseite der Erlös aus dem Verkauf des Freibadgeländes nach oben begrenzt ist, auf der Ausgabenseite dagegen schon in der Vorplanungsphase die Zahlen unerbittlich steigen, ist die Gefahr groß, dass wir **ungebremst in die Kostenfalle** laufen. Schon jetzt fühlen wir uns in den Gesprächen mit den Fachingenieuren für Bäderbau wie Lieschen Müller, das seinen angejäherten Ford Fiesta verkauft hat und sich plötzlich beim Maybachhändler wiederfindet: Technik, Schwimmbadtechnik besonders, ist teuer, sowohl in der Anschaffung als auch im Betrieb. Daher können wir an dieser Stelle nur davor warnen, den 11 Mio. DM für die Hallenbadsanierung, die uns in den neunziger Jahren die Luft abgeschnürt haben, nun leichtfertig weitere Euro-Millionen

hinterherzuwerfen. Wir warnen auch deshalb besonders eindringlich, weil wir jede zusätzliche Investition in den Schwimmbadbetrieb korrekterweise nur noch auf die Restlaufzeit des 1990 instandgesetzten Hallenbades beziehen dürfen. Können wir uns nach der regulären Laufzeit von ca. 30 bis 35 Jahren keine erneute Generalinstandsetzung des bereits seit fast fünfzehn Jahre in Betrieb befindlichen Herzstücks mehr leisten, ist alles Beiwerk, über das wir derzeit nachdenken, ebenfalls vertan.

Mit dieser Warnung nähern wir uns gedanklich einem Konzept, das die WBB neben der favorisierten Umwandlung des Hallenbades in eine zweite Halle für leichte Sportarten und kulturelle Zwecke vor über einem Jahr als zustimmungsfähig bezeichnet hat: Der Angliederung eines großzügigen umzäunten Außenbereichs an das Hallenbad **ohne zusätzliche Investitionen** in weitere kostspielige Badeeinrichtungen und der Verwendung des größten Teils der Einnahmen aus dem Freibadgelände für die dringend erforderliche Sanierung der Walzbachhalle. Substanzerhalt hat Vorrang vor Neuinvestitionen. Dieser Satz war hier im Bürgersaal schon häufig zu hören. Er droht jedoch zum Lippenbekenntnis zu werden, wenn wir die Sanierung der Walzbachhalle unter einen Finanzierungsvorbehalt stellen und vorschnell die erste Rate der Einnahmen für weitere Schwimmbadtechnik verwenden. Für die Verschiebung der Priorität weg von der technischen Nachrüstung in Richtung eines **großzügig gestalteten Außenbereichs** spricht überdies, dass uns ein solches sommerliches ortsnahes Freizeitgelände langfristig und letztendlich auch unabhängig von der Existenz eines Hallenbades zur Verfügung stehen wird.

Die Bereitschaft der WBB, unverzüglich Finanzmittel für die Sanierung der Walzbachhalle zur Verfügung zu stellen, bedeutet nicht, dass der Kostendeckungsgrad der kommunalen Freizeiteinrichtungen in unseren Überlegungen völlig unberücksichtigt bliebe. Der Grundsatz „Die Einnahmebeschaffung aus Entgelten für Leistungen (Gebühren) hat Vorrang vor der Erhebung von Steuern“ wird zwar regelmäßig im Vorbericht des Haushaltsplanes abgedruckt, hat aber bisher kaum Eingang in die politische Diskussion gefunden. Mit einer Ausnahme: Bei der Erhebung von Bestattungsgebühren liegt Weingarten unangefochten an der Spitze vergleichbarer Gemeinden. Gleichzeitig werden unsere Freizeiteinrichtungen deutlich mehr als woanders von der Allgemeinheit über Steuern und weniger über Nutzungsgebühren finanziert.

Es ist schon erstaunlich, welcher Konsens im Gemeinderat darüber existiert, dass unser Friedhof nur zu zwanzig Prozent von der Gemeinde bezuschusst werden soll. Zwei Zehntel ist der angenommene Grad an „**öffentlichem Interesse**“, der an einer solchen Einrichtung besteht, weil sie eben nicht nur Begräbnisstätte, sondern gleichzeitig allgemein zugänglicher Ort der Ruhe, der Besinnung und der Begegnung mit der Geschichte ist. Wendet man solch unsentimentale Betrachtungen auf unsere Walzbachhalle an (Kostendeckungsgrad 2004 unter 10 %), so könnte man auch argumentieren, dass das öffentliche Interesse an einer solchen Einrichtung die Kostenübernahme durch die Allgemeinheit zu ungefähr einem Drittel rechtfertigt. Die Gemeinde braucht schließlich einen geeigneten Ort für ihre alljährlich(?) stattfindenden Bürgerversammlungen, Neujahrsempfänge und sonstige Veranstaltungen, die einen größeren Rahmen erfordern. Zieht man von den resultierenden siebzig Prozent die kostenfreie Überlassung der Halle für den Schulsport und das Training von Jugendmannschaften (in der Größenordnung von 2/3 der wöchentlichen Nutzung) ab, so verbleibt ein Rest von rund 23%. Dieser müsste analog zu den Überlegungen im Bestattungswesen von den erwachsenen Nutzern der Einrichtung in Form von Gebühren getragen werden. Betrachten wir nun, dass die beabsichtigte Sanierung der Walzbachhalle erhebliche Folgekosten nach sich ziehen wird, können wir erahnen, wie weit wir von einer für die Gemeinde akzeptablen Kostendeckung noch entfernt sind. Trotzdem ist die WBB in dieser Hinsicht nicht pessimistisch. Die zu Jahresbeginn geführte Diskussion mit den Sport- und Kulturvereinen hat nicht etwa zu einer Konfrontation geführt, sondern im Gegenteil bei den Vereinen das **Verständnis für die Zwangslage**, in der sich die Gemeinde befindet, gefördert. Umgekehrt hat auch im Gemeinderat ein Nachdenken darüber eingesetzt, dass die **Balance zwischen Schule, Sport, Kultur und Badebetrieb** bei den anstehenden Entscheidungen nicht außer Acht gelassen werden darf und dass es unabdingbar ist, den Vereinen eine langfristige Planungssicherheit zu gewähren.

Auch dem Thema „Bebauungsplan Kirchberg-Mittelweg“ hat sich der Gemeinderat nicht ohne vorherige Beratung durch die Erschließungsfirma „Grund und Boden“ und ein durch das Landratsamt Karlsruhe erstelltes Rechtsgutachten genähert. Es war insbesondere die in dem Gutachten dargestellte Gefahr von Schadensersatzforderungen privater Grundstücksbesitzer gegenüber der Gemeinde, die den Gemeinderat im Jahr 1997 dazu bewog, den Beschluss zur Einleitung eines gesetzlichen Umlegungsverfahrens im betroffenen Plangebiet zu fassen. Seit dieser Beschlussfassung sind **Planungskosten in Höhe von mindestens 270.000 €** entstanden, und plötzlich erfahren wir, dass eine gesetzliche Pflicht zur Umlegung des Gebietes nicht besteht und dass Schadensersatzforderungen somit unbegründet sind. Waren auch im Fall Kirchberg-Mittelweg die Entscheidungsgrundlagen unzureichend oder fehlerhaft, oder hat sich die Rechtslage in der Zwischenzeit so stark geändert?

Mit der Möglichkeit einer Abschöpfung des Umlegungsvorteils kommt nun ein neuer Aspekt ins Spiel. Ist vielleicht die Anziehungskraft des Geldes der Grund dafür, dass der Gemeinderat mit sanftem Zwang in Richtung der Planvariante 2 geführt wird?

Wir sind der Überzeugung, dass ein qualifiziertes Vermittlungsverfahren zweifellos einen kostengünstigen Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessengruppen und den erwünschten Rechtsfrieden im Plangebiet gebracht hätte. Da wir diese Ansicht im Gemeinderat weitgehend alleine vertreten und nicht zuletzt auch in Anbetracht der Summe, die das Bebauungsplanverfahren bislang gekostet hat, stellt sich die Frage, ob auch andere Lösungen unsere Zustimmung finden können. Die bislang favorisierte Variante 2 schließen wir dabei aus. Wir sehen für ein hochgradig verdichtetes Mischgebiet entlang der Ostseite der Durlacher Straße keinen Markt, und damit umschreiben wir höflich, was in einer Wortmeldung auf der Bürgerversammlung zu diesem Thema mit der Formel „diese Hütten kauft doch nur ein Idiot“ kurz und prägnant zum Ausdruck kam. Ebenfalls erscheint uns die **bauliche Verdichtung** besonders zwischen Mittelweg und Eisbergweg deutlich zu hoch. Nun warten wir mit Interesse auf die Vorschläge der anderen Fraktionen, wie sie sich das zukünftige Erscheinungsbild unseres Hausberges vorstellen können.

Nach einer langen Phase der Abwiegungen und Dementis hat das vergangene Jahr nun in einer entscheidenden Frage unserer Gemeindeentwicklung Klarheit gebracht: Die geplante B3-Umgehung ist nicht mehr im Bundesverkehrswegeplan enthalten. Bereits neun Monate vor der abschließenden Entscheidung des Bundestags hatte unsere Fraktion mit Datum vom 10.09.2003 den Antrag an den Gemeinderat gestellt, im Falle der Nichtaufnahme der Umgehung eine **Verkehrskommission** einzurichten. Diese sollte in Zusammenarbeit mit den Fachbehörden die unserer Gemeinde verbleibenden Alternativen zur Verkehrsentslastung und Verkehrsanbindung sammeln und bewerten. Rund ein Jahr lang hatte sich unsere Fraktion aus den verschiedensten Gründen mit einer Vertagung dieses Antrags einverstanden erklärt. Seit einem halben Jahr ist die Behandlung in Verzug. Bis dato ist dem Gemeinderat immer noch kein Termin für den Besuch des Umwelt- und Verkehrsministers in Weingarten (der aktuellen Hürde, die der Behandlung unseres Antrages angeblich im Wege steht) mitgeteilt worden, nun ist unsere Geduld endgültig erschöpft. Da wir außerdem keinen inhaltlichen Zusammenhang zwischen dem offenbar sehr engen Terminkalender des Herrn Mappus und einer Gemeinderatsentscheidung zur Einrichtung einer Kommission für Verkehrsfragen erkennen können, werden wir uns nun auf die Sache nach Partnern begeben, damit nach §13 der Geschäftsordnung der betreffende Antrag spätestens in der übernächsten Gemeinderatssitzung behandelt wird. Selbstverständlich stehen wir auch umgekehrt allen anderen Fraktionen, die ebenfalls auf eine Behandlung ihrer Anträge zu diesem Themenkomplex warten, gerne zur Seite.

Freibadverlagerung, Walzbachhallensanierung, „Kirchberg-Mittelweg“, Verkehrslinienführung – selten standen auf der Agenda des Gemeinderates so schwierige und zugleich kontroverse Fragen wie zu Jahresbeginn 2005. Zusätzlich erschwert werden all diese Themen durch den gravierenden Geldmangel in den öffentlichen Kassen. Wir beobachten mit Sorge, dass bei allen angesprochenen Fragen die Gemeinde vorschnell in die Defensive gerät oder ihren Blickwinkel auf die Erzielung kurzfristiger Einnahmen richtet. Nicht nur unser im Vergleich zu anderen Gemeinden immer noch leicht überhöhter Schuldenstand schränkt die Entscheidungsspielräume in den nächsten Jahren ein –

auch einige zwar begonnene, aber unerledigte Vorhaben der euphorischen achtziger Jahre hängen uns heute wie ein Klotz am Bein. Als Beispiel sei hier nur das Schulumfeld genannt, das wahrscheinlich noch weitere Generationen hier im Gemeinderat beschäftigen wird. Wir betrachten daher mit besonderer Skepsis die zunehmende Tendenz, großangelegte Handlungskonzepte zu entwickeln, diese sodann in Abschnitte zu zerteilen und vor die zweite oder dritte Stufe die fast schon sprichwörtliche Formel „**ab ca. 2010**“ zu setzen. Frei übersetzt heißt das Weingartener **Unwort des Jahres 2004** nichts anderes, als dass sich damit doch bitte andere herumplagen sollen.

Es gibt zum Glück auch positive Beispiele. So ist unsere Fraktion gerne dem Vorschlag der Verwaltung gefolgt und hat ihre Zustimmung zur Erneuerung von Straßenbelag und Kanalisation im **Lessingweg und in der Schillerstraße** bis zur Kreuzung mit der Paulusstraße gegeben. Durch diese Entscheidung wurde ein begonnenes Vorhaben zu einem sinnvollen Abschluss gebracht. Ebenfalls unsere volle Unterstützung findet die geplante Sanierung der **Walzbachstützmauer** im Bereich des Kirchplatzes. Beide angesprochene Maßnahmen dienen dem Substanzerhalt, stimulieren die Bauwirtschaft und vermeiden Folgeschäden, die von anderen eines Tages wieder in Ordnung gebracht werden müssten. In diesem Zusammenhang erinnern wir auch gerne daran, dass die Initiative zur Sanierung der Stützmauer entlang der Bruchsaler Straße von der Turmberg-Treppe bis zum „Kühlen Krug“ von der WBB ausging. So konnte in einer Zeit, in der noch Geld vorhanden war, eine durchaus erfolgreiche Sanierung durchgeführt werden, deren Ergebnis uns heute zugute kommt.

Ein Jahr ist nun vergangen, seit bei der letzten Haushaltsverabschiedung hier behauptet wurde, unsere Ablehnung des Zahlenwerks diene allein wahltaktischen Zwecken. Bis heute ist ungeklärt, ob mehr unsere Ablehnung oder vielleicht eher der gegen uns erhobene Vorwurf diesen Tatbestand erfüllte. Wie dem auch sei, ganz unabhängig von der zeitlichen Entfernung zur nächsten Wahl bewegt uns bei der Entscheidung über einen Haushaltsplan regelmäßig die Frage, ob im laufenden Betrieb ein Ausgleich oder ein Substanzverzehr stattfindet. Erinnern wir uns: Erstmals im Jahre 2004 wies unsere Gemeinde eine **Deckungslücke von rund 750.000 €** aus, ohne dass zum Zeitpunkt der Haushaltsverabschiedung eine konkrete Hoffnung auf eine Unterschreitung dieser roten Zahl bestanden hätte. Wir hatten Glück – Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer und bei der Kiespacht lassen nun für das vergangene Jahr einen nahezu ausgeglichenen Haushalt erwarten. Diese überraschend positive Erfahrung in Verbindung mit einem vorsichtigen Ansatz bei der Gewerbesteuer für das laufende Jahr 2005 lassen uns daher hoffen, dass die an sich nicht akzeptable negative Zuführung in Höhe von 880.000 € ein weiteres Mal deutlich unterboten werden wird. Wir folgen somit also der Argumentation der Verwaltung, die uns lieber **einen Haushalt mit konservativen Zahlen als einen schöngerechneten Plan** vorlegt, und geben hiermit unsere Zustimmung zur Haushaltssatzung, zum Haushaltsplan sowie zum Wirtschaftsplan für die Wasserversorgung für das Jahr 2005. Auch wenn formell nicht zulässig, schließen wir von unserer Zustimmung jedoch die im Vermögenshaushalt enthaltenen Ansätze für den Umbau des Hallenbades aus und betonen gleichzeitig unser Interesse an einer offenen, öffentlichen und konstruktiven Debatte über die zukünftige Form des Bäder- und Hallenbetriebs.

Unsere diesjährige Stellungnahme wollen wir nicht nur mit dem Dank an die Verwaltung und an alle, die für das Wohl unserer Gemeinde beruflich oder ehrenamtlich tätig sind, beenden. Ganz besonders wünschen wir Ihnen, Herr Bürgermeister Scholz, für das kommende Jahr bei allen eingangs skizzierten anstehenden Entscheidungen eine glückliche Hand. Und nach unseren leidvollen Erfahrungen mit den kostspieligen Ergebnissen externer Beratung wünschen wir unseren Kolleginnen und Kollegen in diesem Gremium die nötige Skepsis gegenüber allen hochglanzgebundenen Studien und Beratungsunterlagen und den Mut, ihren Instinkt, ihr Gespür und die Summe ihrer privaten und beruflichen Erfahrung zum Wohle unserer Gemeinde einzusetzen!